ARBEIT UND DIGITALISIERUNG 26.11.2026 | Michael Roth

Auf in Runde zwei!

Mit der Angst vor KI lassen sich Wahlen gewinnen. Doch progressive Kräfte sollten den technologischen Wandel gestalten, statt ihn zu bekämpfen.

Im Wahlkampf zu den US-Zwischenwahlen verpasste die Demokratin Annie Andrews ihrer republikanischen Gegnerin Darline Graham einen Spitznamen: „Data Center Darline“. Nicht ohne Grund: Die KI-Branche hatte Millionen in Grahams Wahlkampf gesteckt – mehr als in jedes andere umkämpfte Rennen. Dennoch verlor Graham die Senatswahl in South Carolina, einem Staat, den Donald Trump zwei Jahre zuvor mit großem Vorsprung gewonnen hatte. Für Unternehmen, die versprechen, die Zukunft vorherzusagen, war das eine ziemlich teure Fehlprognose.

In vielen Bundesstaaten machen die Menschen die riesigen Rechenzentren der KI-Konzerne für steigende Strompreise verantwortlich. Die Angst vor KI ist längst zum politischen Faktor geworden. Für viele Progressive, auch in Europa, liegt eine Schlussfolgerung nahe: Mit der Angst vor KI lassen sich Wahlen gewinnen. Doch dieser Weg wäre gefährlich.

Dass KI Angst macht, sollte niemanden überraschen. In den USA konzentriert sich die Kontrolle über eine Technologie, die Märkte und Meinungen beeinflussen kann, auf wenige Konzerne und ihre milliardenschweren Eigentümer. In China treibt der Staat die Entwicklung und den Einsatz der Technologie voran. Weltweit fürchten Menschen um ihre Arbeitsplätze. Und die Entwicklung schreitet so schnell voran, dass kaum jemand hinterherkommt.

Gefährlich wird es, wenn aus einem notwendigen Streit ein politischer Lagerkampf wird. In den USA stehen die Demokraten dem Bau neuer Rechenzentren schon heute deutlich skeptischer gegenüber als die Republikaner. Auch in Europa wächst der Widerstand. Kurz nach den US-Zwischenwahlen gingen in mehr als einem Dutzend europäischer Länder Menschen gegen Rechenzentren auf die Straße. Im Bundestag fordert die Linke einen Baustopp für neue Großanlagen. Im hessischen Groß-Gerau lehnten SPD, Grüne und Linke den Bau eines Rechenzentrums für 2,5 Milliarden Euro ab. Sie befürchteten einen zu

hohen Stromverbrauch und bezweifelten, dass die Gemeinde ausreichend Steuereinnahmen erzielen würde.

Wer sich der Technologie grundsätzlich verweigert, überlässt ihre Entwicklung anderen.

Doch so berechtigt die Sorgen angesichts der KI-Entwicklung auch sind: Wer sich der Technologie grundsätzlich verweigert, überlässt ihre Entwicklung anderen. Gerade progressive Kräfte sollten deshalb dafür kämpfen, dass KI nicht nur wirtschaftlichen Interessen dient, sondern auch das Leben und Arbeiten der Menschen verbessert.

Eigentlich sollte der technische Fortschritt unser Leben erleichtern. Schließlich verfügte keine Generation vor uns über so viele Maschinen, die ihr Arbeit abnahmen. Trotzdem fühlen sich zwei Drittel der Menschen in Deutschland häufig oder manchmal gestresst – deutlich mehr als noch vor gut zehn Jahren. Denn statt die gewonnene Zeit zu genießen, haben wir sie mit neuen Aufgaben gefüllt. Die Digitalisierung hat diesen Trend noch verstärkt: Wir sind ständig erreichbar, müssen immer mehr dokumentieren und haben am Ende kaum weniger zu tun.

Hier könnte KI tatsächlich einen Unterschied machen. Sie kann ausgerechnet jene Aufgaben übernehmen, die uns die Digitalisierung zusätzlich aufgebürdet hat. In deutschen Krankenhäusern verbringen Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit mit Dokumentation. Könnte KI einen Teil davon übernehmen, bliebe mehr Zeit für die Versorgung der Patientinnen und Patienten. Technischer Fortschritt würde dann nicht einfach neue Aufgaben schaffen, sondern den Menschen tatsächlich Arbeit abnehmen. Doch ob KI die Menschen tatsächlich entlastet, ist keineswegs ausgemacht. Wenn Krankenhäuser die eingesparte Arbeitszeit einfach nutzen, um noch mehr Patienten mit demselben Personal zu versorgen, wäre für die Beschäftigten wenig gewonnen.

Auch könnte KI menschliche Beziehungen zunehmend ersetzen, etwa durch Chatbots, die Nähe nur vortäuschen. Die großen amerikanischen Plattformkonzerne verdienen ihr Geld damit, dass wir möglichst viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Eine KI, die uns stattdessen Zeit für andere Menschen verschafft, widerspricht diesem Geschäftsmodell. Europa könnte sie bauen.

Entwickelt wird sie allerdings vor allem in den USA und China. Allein in den USA flossen im vergangenen Jahr fast 300 Milliarden Dollar privates Kapital in die KI-Entwicklung – mehr als 20 Mal so viel wie in China. Trotzdem liegen die besten chinesischen Modelle technologisch kaum

noch zurück. Europa hingegen hat die erste Runde klar verloren. Lange haben wir uns damit getröstet, wenigstens die Regeln zu schreiben. Und das europäische KI-Gesetz war auch richtig. Doch von Regeln allein kann keine Ingenieurin leben. Was Europa vor allem fehlt, ist Kapital: Junge KI-Unternehmen bekommen hier nur einen Bruchteil der Investitionen, die in den USA üblich sind.

Europa muss die Kontrolle über seine Daten behalten und sie endlich selbst nutzen.

Doch bei der nächsten Entwicklungsstufe könnte Europa seine Stärken ausspielen. Nach den Chatbots lernt die KI nun laufen. Künftig wird sie in Robotern und Maschinen stecken, die ihre Umgebung erfassen und in Fabriken oder Krankenhäusern mit anpacken. Dafür braucht es nicht nur gute Software, sondern auch industrielles Know-how. Und davon hat Europa reichlich: Ihre Ingenieurinnen und Ingenieure gehören zu den besten der Welt. Deutschland hat zudem die dritthöchste Roboterdichte weltweit. Hier könnte Europa zeigen, wie KI den Menschen dienen kann: indem Maschinen schwere und gefährliche Arbeiten übernehmen und uns mehr Zeit für das lassen, was nur Menschen können.

Hinzu kommt ein weiterer Vorteil: Europas Datenschatz. Jahrzehntelange industrielle Fertigung und leistungsfähige öffentliche Einrichtungen haben riesige Mengen hochwertiger Daten hervorgebracht, die für die Entwicklung von KI besonders wertvoll sind. Wie begehrt sie sind, zeigte Nvidia-Chef Jensen Huang, der zuletzt aus ganz anderen Gründen in den Schlagzeilen war, bei einem Auftritt im Oktober in Berlin. Er bezeichnete die Daten der deutschen Industrie als natürliche Ressource, die dem Land gehöre. Ausgerechnet der Chef eines amerikanischen Technologiekonzerns warnte Europa damit davor, sein Wissen aus der Hand zu geben. Er hat recht. Europa muss die Kontrolle über seine Daten behalten und sie endlich selbst nutzen. Doch die Konkurrenz schläft nicht: Schon heute wird mehr als die Hälfte aller neuen Industrieroboter in China installiert, und mehr als vier von fünf menschenähnlichen Robotern stammen aus China. Wenn Europa weiter nur zuschaut, wird es auch die nächste Runde verlieren.

Die Bundesregierung muss gemeinsam mit der EU dafür sorgen, dass mehr Kapital in europäische KI-Unternehmen fließt. Dazu sollten Investitionen von Pensionsfonds und Versicherungen in junge Technologieunternehmen erleichtert werden. Auch der Staat kann helfen, indem er selbst als Kunde auftritt. Gleichzeitig sollten

Kommunen klare Bedingungen für den Bau neuer Rechenzentren stellen: Die Betreiber müssen sich angemessen an den zusätzlichen Strom- und Netzkosten beteiligen, und die Standortgemeinden sollen einen fairen Anteil an den Steuereinnahmen erhalten. Unter solchen Voraussetzungen hätte vielleicht auch Groß-Gerau Ja sagen können.

1930 sagte der Ökonom John Maynard Keynes voraus, dass der technische Fortschritt das wirtschaftliche Problem der Menschheit innerhalb von 100 Jahren lösen könnte. Dann stelle sich eine ganz andere Frage: Wie nutzen wir die gewonnene Freiheit, um ein gutes Leben zu führen? Geht es nach Keynes, müssten wir in vier Jahren so weit sein. Doch ob uns die neuen Technologien tatsächlich mehr Freiheit verschaffen, hängt auch davon ab, wer sie entwickelt und zu welchem Zweck. Überlassen wir diese Entscheidungen allein den großen Technologiekonzernen und den Regierungen anderer Weltmächte, werden sie Keynes' Frage für uns beantworten.



Michael Roth
Berlin

Michael Roth gehörte von 1998 bis 2025 dem Bundestag für die SPD an. Er war Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und von 2013 bis 2021 Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt. Heute ist er als Publizist und Berater tätig.